



<p>Informationsdefizite & fehlerhafte Informationen</p>	<p>Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen: Zu wenig Informationen und falsche Informationen</p>
<p>Original</p>	
<p>Es gibt in Tirol und Bayern Informationslücken über Angebote, Fördermöglichkeiten, die Finanzierung von Träger*innen und die Unterstützung von Arbeitgeber*innen sowie über die gesetzlichen Grundlagen für eine grenzübergreifende Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen.</p> <p>Was ist Ihrer Einschätzung nach nötig, um diesem Umstand entgegen zu wirken?</p>	<p>Menschen mit Behinderungen haben es oft schwer, wenn sie einen Arbeitsplatz suchen. Viele Firmen stellen keine Menschen mit Behinderungen an. Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber glauben, dass sie dadurch Probleme bekommen könnten. Aber es gibt noch ein anderes Problem. Viele betroffene Menschen wissen nicht, welche Unterstützungs-Angebote es in diesem Bereich gibt. Viele wissen auch nicht, dass es Möglichkeiten gibt, Unterstützung über die Grenze hinweg zu bekommen. Es gibt in Bayern und in Tirol Förderungen und finanzielle Unterstützung. Damit können Organisationen für Menschen mit Behinderungen Unterstützungs-Angebote machen. Menschen mit Behinderungen können so auch im Nachbarland arbeiten oder eine Ausbildung machen. Außerdem gibt es Unterstützung für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen anstellen. Auch das wissen viele Menschen nicht. Es gibt auch gesetzliche Grundlagen für Unterstützung, Ausbildungen und Arbeitsplätze, über die Grenze von Österreich und Deutschland hinweg. Das heißt: Menschen aus Österreich können Unterstützung bekommen, auch wenn sie in Deutschland arbeiten oder eine Ausbildung machen. Umgekehrt ist das auch möglich. Aber davon wissen viele Menschen nichts. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wissen zu wenig darüber und die Menschen mit Behinderungen wissen auch zu wenig darüber.</p> <p>Was kann man Ihrer Meinung nach dagegen tun?</p>

„Transparenz ist so gut wie nicht gegeben - die Strukturen, Möglichkeiten und Einrichtungen sind schwer durchschaubar, man befindet sich rasch in einem Labyrinth.“ - ANG01_T_GN_ST

„[...] Ich bin zu Frau G. gegangen. Die ist zuständig für die Außenarbeitsplätze. Sie hat gefragt, was ich gerne arbeiten möchte. Ich wollte in der Nähe von R. arbeiten. Frau G. hat meinen Chef gefragt, was ich gut arbeiten kann.“ - BET04_B_GJ30_LL

Covid-19	Corona Virus
<p>Original</p>	
<p>Aufgrund der Covid-19-Situation fühlen sich Betroffene und Angehörige im Stich gelassen und berichten von Einschränkungen in ihrer Selbstbestimmung (besonders in betreuten Wohnformen), von Lebensweltbegrenzungen, Angebots- und Arbeitsbeschränkungen sowie Arbeitsplatzverlusten - ausgelöst durch eine generelle Einstufung von Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe. Angehörige sahen sich vor das Problem gestellt, Pflege- und Versorgungsleistungen zu übernehmen. Zudem kam es zu Besuchsverboten in Institutionen.</p> <p>Was braucht es hier für die Zukunft?</p>	<p>Wegen der Situation mit dem Corona-Virus gibt es für Menschen mit Behinderungen viele zusätzliche Probleme. Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen fühlen sich im Stich gelassen. Sie berichten außerdem, dass es für Menschen mit Behinderungen wegen dem Corona-Virus weniger Selbstbestimmung gibt. Das ist vor allem beim betreuten Wohnen ein Problem. Außerdem ist jetzt die Umgebung begrenzt, in der sich Menschen mit Behinderungen bewegen können. Sie haben weniger Möglichkeiten als vorher. Es gibt weniger Angebote und weniger Arbeits-Möglichkeiten. Einige Menschen mit Behinderungen haben sogar ihren Arbeitsplatz verloren. Der Grund dafür ist, dass alle Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe für den Corona-Virus eingestuft sind. Sie müssen also mit mehr Einschränkungen leben als viele andere Menschen. Angehörige haben wegen dem Corona-Virus Pflege und Versorgung von Menschen mit Behinderungen übernehmen müssen. Außerdem hat es Besuchs-Verbote in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen gegeben.</p> <p>Was muss sich hier in Zukunft ändern?</p>

„Es braucht den Einbezug der Menschen mit Behinderungen, wenn es darum geht ihre Rechte zu begrenzen. Wir als Privatperson können entscheiden, ob wir uns an die Verordnung halten, aber Menschen, welche in stationären Einrichtungen leben, müssen sich an diese halten, da die Betreiber für ihre Sicherheit verantwortlich sind.“ - INT03_T_GJ15_ST

„Ein seelische Behinderung oder ich mit Lernschwäche habe nichts an der Lunge, wieso muss ich dann wie alle behandelt werden. Man muss drauf gucken wer welche Behinderung hat...“ - BET06_B_GJ30_LL